

die internationale
theorie

Heft 35



DIE KAPITALISTISCHE KRISE

und was wir ihr entgegensetzen

GUENTHER SANDLEBEN
JAKOB SCHÄFER



Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale

- Titel:** Die kapitalistische Krise und was ihr entgegensetzen
Erschienen in der Reihe: Die internationale Theorie, Heft 35
- Herausgeber:** Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), Sektion der IV. Internationale
in Deutschland, Dezember 2009
- Redaktion:** Guenther Sandleben, Jakob Schäfer, Sara Fervor
- Layout und Grafiken:** Artur Blechschmidt, Tom Bogen
- Bestellungen:** RSB/IV. Internationale
Postfach 10 26 10, 68 026 Mannheim

Je Exemplar 4,00 €, bei Sammelbestellungen ab 5 Expl. 3,00 €
- Überweisungen:** RSB/IV. Internationale
Kto. Nr.: 544 904 901, BLZ: 254 621 60 (Volksbank Hameln)
Verwendung: international theorie 35
- Kontakt zum RSB:** RSB/IV.Internationale
Postfach 10 26 10
68 026 Mannheim
Web: www.rsb4.de
E-Mail: buero@rsb4.de
- Bildnachweis:** Umschlag: [rosendahl, flickr.com](http://rosendahl.flickr.com)
S. 34: Anna H-G, sxc.hu

Einleitung	4
------------	---

ABSCHNITT I: Die große Krise seit 2007 als notwendige Konsequenz des Kapitalismus

1) Phasen des bisherigen Krisenprozesses	6
a) Ende 2005 bis Mitte 2007: Partielle Krise (Immobilienkrise).....	6
b) Mitte 2007 bis Mitte 2008: Kredit- und Bankenkrise als Konsequenz der partiellen Krise	8
c) Anfang 2008 bis August 2008: Überproduktion in den wichtigsten Wirtschaftszweigen	9
d) September 2008 bis Anfang 2009: Überproduktionskrise, Geld-, Kredit- Börsen- und Bankenkrise	12
e) März 2009 bis Herbst 2009: Phase relativer Stabilisierung	15
2) Finanzmarktkrise oder Krise des kapitalistischen Systems	16
3) Das von Marx entdeckte allgemeine Gesetz der periodischen Krisen	18
4) Warum die Krise eine große Krise ist: Zum Umschlag des längerfristigen Akkumulationstyps	23
5) Zum Krisenmanagement der Regierungen: Ende der Krise in Sicht? Das dicke Ende kommt noch!	26
a) Rettungsschirme, Verstaatlichung von Banken, Konjunkturpakete	26
b) Ende der Krise in Sicht?	28
c) Verstärkte Angriffe des Kapitals auf die Lebensbedingungen der breiten Masse	30
d) Zu den Grenzen staatlichen Managements	31
e) Staat und Klassenkampf	37

ABSCHNITT II: Banken und Konzerne in Besitz nehmen!

6) Bewusstsein und Kampf – welches Programm?	39
7) Welche Sofortforderungen?	39
8) „Großbanken vergesellschaften“?	42
9) Banken und Konzerne in Besitz nehmen	44
10) Vergesellschaftung: Teil eines Übergangsprogramms	46
11) Zur Bedeutung der Strategie der Übergangsforderungen	49

ABSCHNITT III: Sozialismus als Alternative

12) Sozialismus als die Krisenlösung	51
13) Das sozialistische Ziel	54
Anhänge	58
Literaturverzeichnis	60
Glossar	62

Einleitung

Als im Herbst 2008 die Krise ihren Höhepunkt erreichte, lag so etwas wie Endzeitstimmung in der Luft. Sorgenvoll thematisierten bürgerliche PolitikerInnen, JournalistInnen und ÖkonomInnen das mögliche Ende des Kapitalismus. Die Welt war ins Wanken geraten: Produktion und Handel brachen ein, Reichtum wurde vernichtet, Kapazitäten stillgelegt, ArbeiterInnen entlassen oder in Kurzarbeit gezwungen, Unternehmen standen am Rand der Zahlungsunfähigkeit, Kredite platzten, renommierte Bankhäuser meldeten Konkurs an, Verunsicherung breitete sich aus, vermögende Privatleute horteten Geld oder suchten Sicherheit im Kauf von Gold. Selbst Staaten gerieten an den Rand des Bankrotts. Manche neoliberalen und geldpolitischen Grundsätze lösten sich unter dem Druck der Ereignisse in Schall und Rauch auf.

Nach gigantischen geld-, kredit-, zins- und konjunkturpolitischen Interventionen ist die Staatsverschuldung sprunghaft gewachsen, wie es in der Vergangenheit nur in Kriegszeiten der Fall war. Das Gespenst der Zahlungsunfähigkeit geht um. Es klopft bereits an den Pforten einiger Staaten. Die Krise ist längst nicht ausgestanden, auch wenn sich die Lage etwas stabilisiert zu haben scheint.

Die vorliegende Broschüre befasst sich in ihrem ersten Teil mit den genannten Aspekten. Sie zeichnet den Verlauf der bisherigen Wirtschaftskrise nach, untersucht den inneren Zusammenhang von Überproduktions-, Kredit- und Bankenkrise und setzt sich mit der Frage auseinander, ob die Krise der Finanzmärkte wirklich die Überproduktion in der

Wirtschaft hervorrief. Es folgt eine Einschätzung der längerfristigen Tendenzen der Ökonomie. Steht eine rasche und nachhaltigere Erholung der Wirtschaft an (V-förmiger Anstieg) oder ist mit einem instabilen Verlauf oder gar mit einem erneuten Absturz zu rechnen (W-Form)? In diesem Zusammenhang werden wir der Frage nachgehen, inwieweit das Antikrisenprogramm der Regierung erfolgsversprechend ist oder ob die erzielte Stabilisierung einem Pyrrhussieg gleicht, dem eine Hyperinflation und weitere Produktionseinbrüche folgen. Viele Beobachter – auch aus dem linken politischen Spektrum – halten die Wirtschaftskrise für eine vermeidbare Tragödie, die durch politische Eingriffe verhindert werden könnte. Wenn nur die Finanzmärkte besser reguliert worden wären, wenn die Finanzaufsicht besser funktioniert hätte, wenn die Investmentbanker weniger gierig gewesen wären, wenn der frühere US-Notenbankchef Alan Greenspan die Zinsen weniger stark gesenkt und die neoliberale Umverteilungspolitik die Kaufkraft nicht so stark reduziert hätten, wenn all das und noch anderes geschehen wäre, dann hätte die große Krise nicht stattgefunden und solche Konsequenzen zeitigen können. Und wenn endlich Politiker, Finanzaufsicht und Manager ihre Lektion gelernt haben, wird sich die Krise niemals wiederholen.

Ist eine solche Zuversicht wirklich gerechtfertigt?

Vor fast genau 80 Jahren begann die große Weltwirtschaftskrise, vor knapp 90 Jahren setzte die Inflationsspirale in Deutschland ein. Vor und nach 1929 gab es periodische Krisen, die in unterschied-

licher Intensität hervortraten, deren Auswirkungen verheerend waren. Regelmäßig versuchen Politiker und Manager die Krise in den Griff zu bekommen, propagieren nach deren Ende den ewigen Wirtschaftsaufschwung, preisen die angeblich neuen, antizyklisch wirkenden Instrumente an – die Krise aber bleibt trotz aller Versprechungen akut. Wenn aber Krisen durch herkömmliche, systemkonforme Interventionen von Oben nicht zu beseitigen sind, sollten wir da nicht an systeminkonforme Interventionen von unten denken, die auf eine grundlegende Alternative zur kapitalistischen Krisenökonomie ausgerichtet sind?

Diese äußerst brisante Frage wird im zweiten Teil der Broschüre näher gestellt und erörtert. Sie erhält in der jetzigen großen Krise durch wachsende Angriffe von Kapital und Staat auf den schon ständig bedrohten Lebensstandard der Lohnabhängigen einen herausragenden Stellenwert. Ob die Gegenwehr von Ratlosigkeit und Desorientierung geprägt sein wird, oder ob sie in eine Offensive für eine andere Wirtschaftsordnung übergeht, hängt in hohem Maße vom Charakter des Kampfes und den Forderungen, um die gekämpft wird, ab.

Wir werden untersuchen, inwieweit die Forderungen der Partei *Die Linke*, der Gewerkschaften und der sozialen Bewegung einen vorwärtsweisenden Charakter besitzen. Wichtiges Kriterium dabei soll sein, ob die Forderungen wirklich in Richtung einer gesellschaftspolitischen Alternative hin orientieren, oder ob sie einen systemkonformen Charakter besitzen, also die durch das kapitalistische Eigentum ge-

setzten Schranken unangetastet lassen. Solche Minimalforderungen, so hilfreich sie sind zur Abwehr mancher Angriffe, – würden die Lohnabhängigen darauf verzichten, sie würden, wie Marx in „Lohn, Preis und Profit“ schreibt, „degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse ruiniertes armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft“ – richten sich nur gegen die Wirkungen, nicht aber gegen die kapitalistische Krise selbst.

Ausführlicher werden wir uns mit der Forderung nach Verstaatlichung auseinandersetzen, um zu prüfen, inwieweit diese Forderung eine Brücke zu einer anderen Gesellschaftsordnung darstellt oder doch nur ein Instrument ist, das der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zur vorläufigen Genesung des Patienten einsetzt. Am Ende wird verständlich werden, welche Forderungen einen wirklichen Übergangscharakter beinhalten und wie die freie, d. h. für uns die sozialistische Gesellschaft in ihren Grundzügen aussehen sollte. Die Heranreifung dieser Erkenntnisse könnte die Gesellschaft in ihrem Ruf nach Neuorientierung kräftigen und den Kern für eine Umwandlung schaffen. Befördert wird dieser Prozess, indem die kapitalistische Krisenökonomie die Elemente der neuen Gesellschaft und mit ihnen das Bedürfnis nach Umgestaltung in ihrem Schoße entwickelt.

*Guenther Sandleben
Jakob Schäfer*

Berlin/Wiesbaden im Dezember 2009

Abschnitt I:

Die große Krise seit 2007 als notwendige Konsequenz des Kapitalismus

Der Umgang mit der Krise von 2007ff ist eigenartig. Obwohl Krisen schon in der Vergangenheit die Wirtschaft regelmäßig, in Zeitabständen von sieben bis elf Jahren mal mehr mal weniger stark durchrüttelten und den Menschen regelmäßig die Botschaft brachten, dass da irgendetwas mit ihrem Wirtschaftssystem nicht stimmen kann, vergaß man sie auch diesmal wieder. Als die Krise 2006 nahte, wurde sie verdrängt. Ihre ersten Erscheinungsformen wurden als äußere, zufällige, rasch vorbeigehende Fehlentwicklungen verharmlost. Als sie schließlich die Ökonomie im Herbst 2008 beben ließ, tat man so, als hätte man alles im Griff, als ließe sich die Krise durch Interventionen von Regierungen und Notenbanken managen. Erste Stabilisierungssignale aus der Wirtschaft vom Frühjahr 2009 wurden als Ende der Krise interpretiert. Als im zweiten und dritten Quartal das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland gegenüber dem Vorquartal etwas stieg, glaubte man gleich, der vor der Krise noch als ewig gegoltene Wirtschaftsaufschwung würde sich doch noch fortsetzen – ein Ausrutscher sei die Krise gewesen, mehr nicht. Die Finanzmärkte feierten sogleich die Trendwende mit einem Kursfeuerwerk; Risiken, die noch vor wenigen Monaten die bürgerliche Welt schauern ließen, sind verdrängt. Jetzt meint man, das „Ende der Rezession“¹ sei erreicht. Welchen Charakter hatte die bisherige Krise gehabt? War sie eine politisch vermeidbare Finanzmarktkrise oder war sie mehr, nämlich eine unvermeidbare Krise des kapitalistischen Systems? Welchen Gesetzen folgte sie? In welchem Verhältnis standen die Finanzmarktkrise und die Krise in Industrie und Handel? Warum fiel die Krise diesmal so heftig aus?

Um solche Fragen zu beantworten, müssen wir uns zunächst die Krise selbst ansehen, sie in ihren Erscheinungsformen und

Entwicklungsstadien studieren, um ihren Ursachen, ihrem inneren Zusammenhang und ihrem Charakter auf die Spur zu kommen.

1) Phasen des bisherigen Krisenprozesses

Wenn wir die bisherige Krise in ihrer oberflächlichen Gestalt nehmen, dann zeigte sie sich als Absatzkrise von Waren, zunächst von Immobilien später allgemeiner als Absatzkrise in den wichtigsten Wirtschaftszweigen von Handel und Industrie. Aber diese partielle dann allgemeine Überproduktionskrise von Waren scheint auf dem ersten Blick keineswegs die Hauptsache gewesen zu sein. Es war die Kredit-, Geld-, Börsen- und Bankenkrise, kurz die Krise der Finanzmärkte, die besonders hervorstach, die besonders spektakulär verlief, die derart dramatische Formen annahm, dass man meinte, sie bilde bereits den eigentlichen Krisenvorgang und sei auf die Wirtschaft über gesprungen.

Jedenfalls traten all die Erscheinungsformen der Krise mit einer solchen Intensität hervor, dass man die Krise wegen ihrer besonderen Heftigkeit als „große Krise“ bezeichnete und rasch Parallelen zur großen Weltwirtschaftskrise von 1929/1932 zog.

Je nachdem, welche Krisenart in den Vordergrund trat und welche Kombinationen sie einging, teilt sich die allgemeine Wirtschaftskrise in ihrem bisherigen Verlauf in fünf Phasen, die wir nachfolgend analysieren wollen.

a) Erste Phase von Ende 2005 bis Mitte 2007: Partielle Krise (Immobilienkrise)

Der Beginn der ersten Phase der Krise kann auf Ende 2005 datiert werden, als die Abwärtsentwicklung des US-Immobilien-sektors mehr und mehr einsetzte. Bereits im Juli 2005 erreichten die Hausverkäufe ihren Höchststand. Nach anfänglichen Schwankungen auf hohem Niveau setzte Anfang 2006 eine Abwärtsbewegung ein, die sich im Jahresverlauf beschleunigte. Im August 2008, dem ersten Höhepunkt der Finanzkrise, hatten sich die Hausverkäufe halbiert. Es waren zu viele Häuser gebaut worden im Vergleich zur zahlungsfähigen Nachfrage. Die Absatzstockungen führten zu einem Rückgang der Bau-

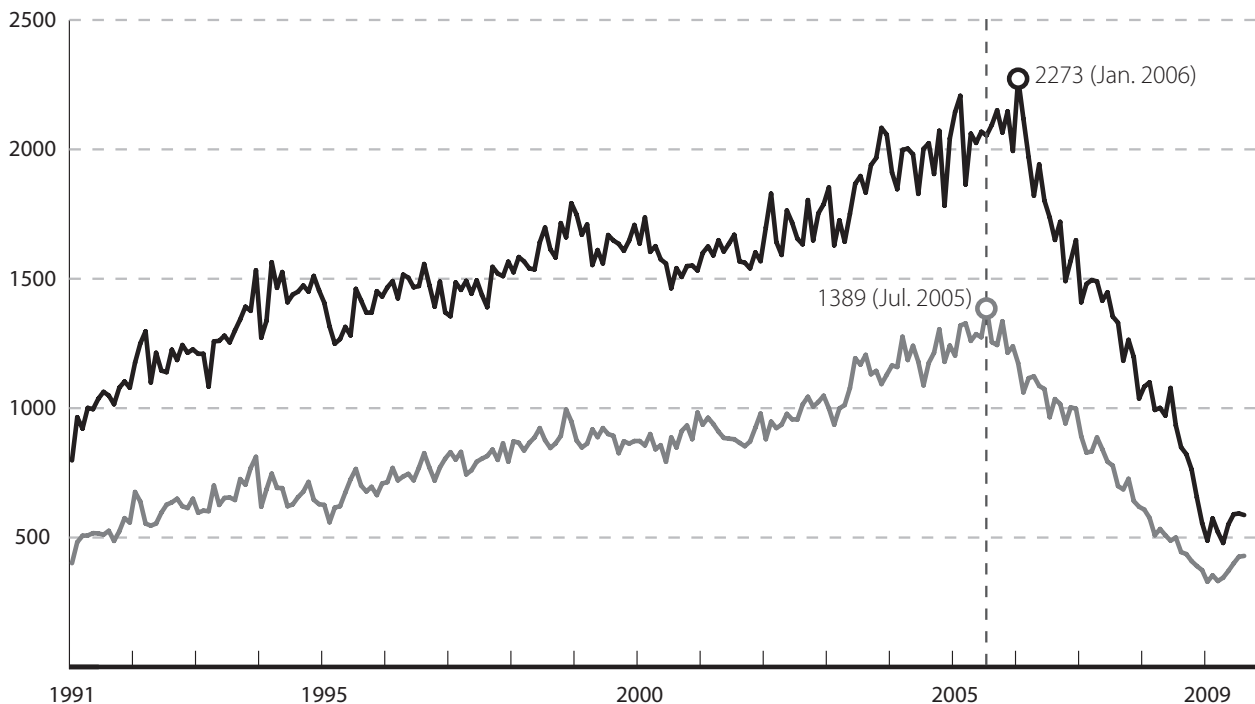
¹ Am 16. September 2009 erklärte der US-Notenbankchef Ben Bernanke die US-Rezession für beendet. Einen Monat später prognostizierten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung. Die Investmentbanker hatten bereits einige Monate zuvor für sich das Ende der Durststrecke gefeiert. Vor allem die Niedrigzinspolitik und die neue Geldpolitik der Fed sowie der Heißhunger des Staates nach Kredit, den er sich durch Ausgabe von Staatschuldpapieren bei den Banken besorgte, bescherten dem Investmentbanking Traumgewinne.

US-Baubeginne und Absatz von Neubauten (saisonbereinigt) in Tausend



Beginn der Krise des US-Häusermarktes:
Absatzkrise geht dem Produktionseinbruch voraus

■ Baubeginne
■ Verkauf von Neubauten



Grafik: Guenther Sandleben / Tom Bogen

Quelle: www.census.go

produktion. Relativ rasch reagierten die US-Hausbaubeginne, die nach dem Höchststand im Januar 2006 noch stärker einbrachen (fast minus 60 % bis August 2008). Der Rückgang der Neubautätigkeit führte in der Baubranche und der Zulieferindustrie zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Es entstand die für den Kapitalismus ganz normale, aus Sicht einer güterwirtschaftlichen Ökonomie völlig paradoxe Situation, dass arbeitslos gewordene Lohnabhängige, die jede Menge Häuser gebaut hatten, nun die für ihr eigenes Haus aufgenommen Kredite nicht mehr bedienen konnten. Sie wurden zwangsgeräumt, wurden wohnungslos, während die geräumten Häuser die Zufuhr auf dem Häusermarkt vergrößerten und auf diese Weise zu einem Preisdruck und zu weiteren Produktionseinschränkungen beitrugen.² Entsprechend flachten sich die Preissteigerungen bei US-Immobilien ab. Der Case-Shiller Home-Price-Index erreichte im Juni 2006 seinen Höchststand, um dann beschleunigt zu sinken.

Für die vergebenen Immobilienkredite war dies ein kritischer Punkt. Denn die steigenden Immobilienpreise waren gerade der Katalysator gewesen, wodurch Immobilienkäufe und Kreditvergabe angetrieben worden waren. Zudem führten teurere Immobilien im Rahmen von Umschuldungen

² Im Jahre 2007 nahmen die Zwangsversteigerungen um 7,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. Insgesamt 2,2 Millionen Wohnhäuser kamen unter den Hammer. Im Juni 2008 waren es 8 000 Eigenheime pro Tag.

zu Geldeinnahmen bei den Schuldnern, wodurch eine zusätzliche Konsumgüternachfrage möglich wurde. Als aber dann die Preise sanken, statt weiter zu steigen, ließ sich ein Teil der Kredite nicht mehr bedienen. Zugleich verringerte sich der Finanzierungsspielraum für den Kauf von Konsumgütern. Die Konsumnachfrage erhielt einen Dämpfer.

Die USA gerieten in den Strudel einer hausgemachten Immobilienkrise. Später folgten die Immobilienmärkte in weiten Teilen Europas (vor allem GB, Irland, Spanien, Frankreich, Niederlande) und Asiens.³

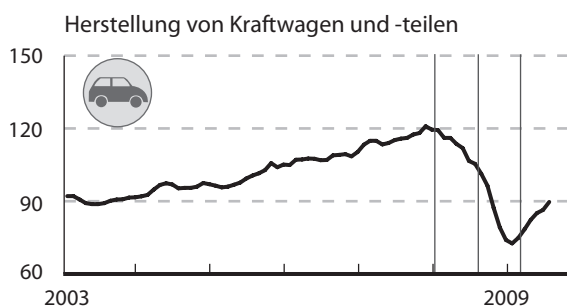
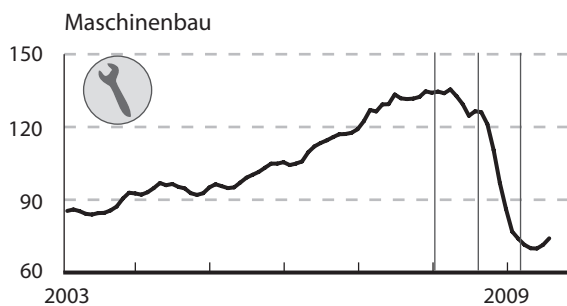
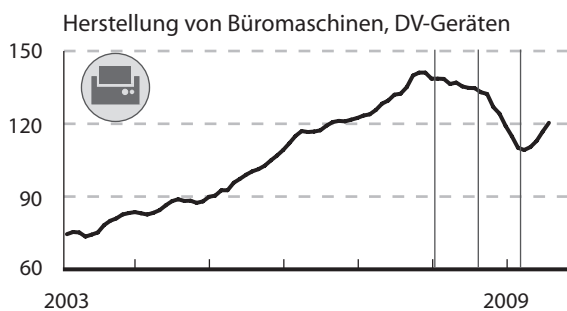
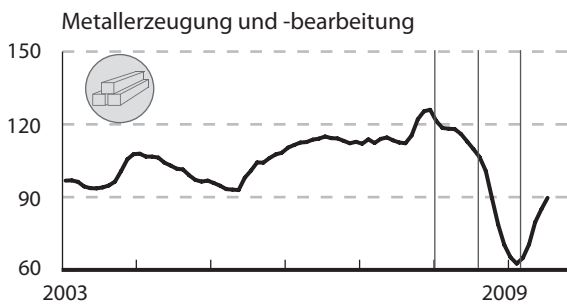
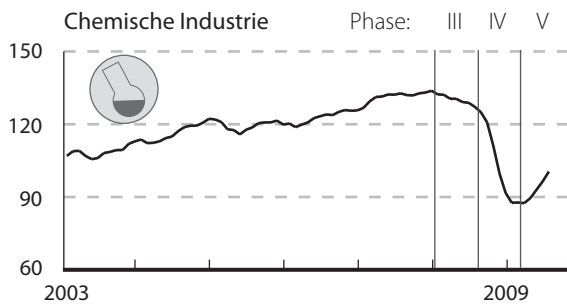
Wichtig ist, dass es sich hierbei um eine partielle Krise handelte, nicht um eine allgemeine Krise, die dadurch gekennzeichnet gewesen wäre, dass sie alle großen Wirtschaftszweige erfasst hätte. Das kam erst später. Die Weltkonjunktur entwickelte sich bis Ende 2007 sehr dynamisch. In Europa, vor allem in Deutschland, prosperierte die Wirtschaft noch bis ins erste Quartal 2008. Länder wie Russland, Brasilien, China, Indien und etliche Golfstaaten verzeichneten während der partiellen Krise anhaltend hohe Wachstumsraten. Die US-Wirtschaft wuchs moderat bis zum vierten Quartal 2007. Nach einem leichten Rückgang im ersten Quartal 2008 (-0,7 %) und einem

³ Hier setzte die Immobilienkrise später ein, war aber in einigen Regionen nicht weniger heftig. Im Juli 2008 meldete die Martinsa Fadesa, der größte Immobilienkonzern Spaniens, Konkurs an. In Spanien standen zu dieser Zeit vier Millionen halb und ganz fertig gestellte Wohnungen leer, die unverkäuflich waren.

Index der Auftragseingänge

Ausgewählte Wirtschaftszweige (saisonbereinigt 2005=100)

■ Gleitender 3-Monats-Durchschnitt der Monatswerte



Grafik: Sandleben / Bogen Quelle: Statistisches Bundesamt

sich daran anschließenden erneuten Zuwachs (+1,5%) geriet die Wirtschaft erst im zweiten Halbjahr (III.Q: -2,5, IV.Q: -5,4) in einen Abwärtsstrudel.

b) Zweite Phase von Mitte 2007 bis Mitte 2008: Kredit- und Bankenkrise als Konsequenz der partiellen Krise

In der zweiten Phase setzte sich die Immobilienkrise mit unveränderter Abwärtsdynamik fort. Neu daran war, dass die Immobilienkrise auf den Kreditsektor übersprang. Denn fallende Hauspreise ließen die Sicherheiten zusammenschrumpfen, die hinter den Hypothekenschulden standen. Kredite wurden gekündigt, Häuser zwangsverkauft, die Hauspreise fielen weiter, die nächsten Kredite platzten, gefolgt von Zwangsverkäufen.

Im Vordergrund dieser Abwärtsspirale standen Zahlungsausfälle am US-amerikanischen Markt für Hypothekarkredite mit geringer Bonität (Subprime). Die Ratingagentur Standard & Poor's schätzte im September 2008 die Abschreibungen auf Subprime-Kredite auf 900 Milliarden Dollar. Notwendigerweise gerieten Banken bzw. solche Institutionen in die Krise, die letztendlich die Kreditrisiken zu tragen hatten. Aus der Kreditkrise wurde eine Bankenkrise.

Dass die Krise sofort einen internationalen Charakter erhielt und nicht nur US-Banken, sondern auch Banken in Europa schwer erschütterte, lag an der wachsenden Verflechtung von Bankgeschäft und Kreditmarkt. Vergab früher eine Bank einen Kredit, dann blieb sie in der Regel Gläubiger, solange der Kredit lief, und trug das entsprechende Risiko („originate and hold“). Dieses Verfahren begrenzte die Kreditvergabe durch die Höhe des Eigenkapitals, über das die ortsansässigen Banken verfügten. Das wachsende Kreditbedürfnis der zuvor stärker expandierenden Wirtschaft, vor allem das des Immobiliensektors, musste diese Schranke sprengen. Und sie wurde gesprengt. Die ortsansässigen Banken stillten den Kredithunger, den sie durch Lockangebote spekulativ gesteigert hatten, indem sie die Kredite bzw. die Kreditrisiken in alle Welt verkauften. Auf diese Weise umgingen sie die durch ihr Eigenkapital gesetzten Schranken der Kreditvergabe.

Die Instrumente, die einen solchen Verkauf ermöglichten, hat die Literatur – wenngleich losgelöst von den Notwendigkeiten des wirklichen Akkumulationsprozesses – ausführlich dargelegt.⁴ Wir wollen uns deshalb auf die Darstellung von zwei Kreditinstrumenten beschränken, die eine besondere Rolle spielten: Die Verbriefung von Forderungen und der Kreditrisikotransfer durch Kreditderivate.

Kreditverbriefungen

Banken, wie beispielsweise die Citigroup in Amerika, übernahmen von kleinen lokalen Volksbanken Tausende von Hypotheken, schnürten sie zu riesigen neuen Bündeln zusammen, kombinierten sie mit guten und schlechten Krediten und ließen sie von Moody's oder Standard & Poor's oder Fitch

⁴ Sahra Wagenknecht, Wahnsinn mit Methode, S. 30 – 58; Wolfgang Münchau, Flächenbrand, S. 71ff

Abschnitt II:

Banken und Konzerne in Besitz nehmen!

6) Bewusstsein und Kampf – welches Programm?

Mit der aktuellen Krise des Kapitalismus ist zwar den meisten Menschen bewusst geworden, dass sie „in unsicheren Zeiten“ leben, aber daraus ist noch keine verallgemeinerte Kritik des Kapitalismus entstanden. Im Vordergrund der Erklärungen steht die Ablehnung des „Kasino-Kapitalismus“ und des Verhaltens „gieriger Manager“ sowie des Mangels an „Regeln für den Kapitalverkehr“.

Das eigene Verhalten ist bei den meisten Menschen von der Hoffnung geprägt, der Kelch möge an ihnen vorübergehen. Eine konsequente Kapitalismuskritik ist bisher nicht massenwirksam vorgetragen worden. Die Partei *Die Linke*, die dazu die entsprechenden logistischen und medienwirksamen Mittel (und heute auch das Medienecho) hätte, verharret in der Kritik des Neoliberalismus und erklärt, dass die „Überwindung des Kapitalismus“ nicht seine Abschaffung bedeute. Dieser Partei geht es mit ihrem Ziel des „Politikwechsels“ um den Einstieg in die Regierung (sei es auf Länderebene, sei es im Bund). Immer deutlicher tritt ihr Charakter als klassisch reformistische Partei zutage, die nicht auf den Klassenkampf und die Bekämpfung des kapitalistischen Systems setzt, sondern lediglich auf seine „Bändigung“ via Politik von oben.

Die Gewerkschaften ihrerseits haben sich seit Langem mit den herrschenden Verhältnissen arrangiert (die Gewerkschaftsbürokratie lebt schließlich nicht schlecht) und setzen auf Konfliktvermeidung, wo immer es geht. Damit ist es ihnen noch nicht einmal gelungen, die Reallöhne zu sichern oder Arbeitszeitverlängerungen abzuwehren, von einem entschlossenen Kampf beispielsweise für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich ganz zu schweigen. Ihre Kritik an dem bestehenden System geht nicht über die verbale Kritik der bürgerlichen Parteien hinaus. Ihr Programm ist Co-Management, Standortpolitik und Appelle an die Regierenden. Statt bei den drohenden Entlassungen die gemeinsamen Interessen der verschiedenen Belegschaften herauszustellen und einen gemeinsamen Kampf gegen Entlassungen zu führen, unterstützen die Gewerkschaften firmenpatriotische Parolen („Wir sind Opel“) und können damit dem Konkurrenzdenken und dem Problem der Überkapazitäten nichts entgegensetzen, weder den Vergesellschaftungsgedanken noch eine Argumentation für die Konversion der Autoindustrie.

Dadurch fehlt in den wenigen von den Gewerkschaften organisierten Abwehrkämpfen jegliche weiterweisende und

überzeugende Perspektive, vor allem deswegen, weil sie aufgrund der ewigen Zugeständnisse in weiten Teilen der Belegschaften sehr viel an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Die soziale Bewegung ist zu schwach und auch politisch zu heterogen, um als gesellschaftlicher Faktor eine Rolle zu spielen. Selbst in den linksradikalen Kreisen gibt es nur wenig Klarheit darüber, wie die Verteidigungskämpfe mit weiterreichenden, tatsächlich systemüberwindenden Losungen verbunden werden können. In der gegenwärtigen scharfen Krise des Kapitalismus mit seinen gewaltigen Überkapazitäten und der daraus resultierenden Zuspitzung seiner internen Widersprüche nimmt unserer Ansicht nach die Perspektive der Vergesellschaftung von Banken und Konzernen eine zentrale Rolle ein.

Die Frage, die sich zuallererst der radikalen und revolutionären (sozialistischen) Linken stellt, ist: An welchen aktuellen Forderungen der linken, gewerkschaftlichen und sozialen Bewegung können wir heute massenwirksam anknüpfen und mit welchen Vorschlägen für einen weiterreichenden Kampf können wir das verbinden? Wenn wir in diesem Zusammenhang für die Vergesellschaftung/Inbesitznahme als ein zentrales Element des antikapitalistischen Kampfes eintreten, dann gilt es von vornherein klarzustellen, dass dies mit den Verstaatlichungen der bürgerlichen Regierungen rein gar nichts zu tun hat und dass eine Vergesellschaftung ohne ArbeiterInnenkontrolle keine ist.

7) Welche Sofortforderungen?

Die schwere Krise der kapitalistischen Wirtschaft führt dazu – wie unter Abschnitt 2 nachgewiesen –, dass die Angriffe von Kapital und Staat gegen die Lohnabhängigen zunehmen werden. Angesichts der konkreten Lage der Lohnabhängigen und der Bedürftigen müssen die Beschäftigten wie die RentnerInnen, die Erwerbslosen und alle sonstigen Beziehenden von Transfereinkommen möglichst einen gemeinsamen Kampf führen für:

- einen allgemein verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn, der keine Billiglöhne mehr zulässt und es allen ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die soziale Bewegung sowie inzwischen auch die Linkspartei (wenn auch „nicht sofort“) fordern heute 10 €, die Gewerkschaftslinken und Teile der sozialen Bewegung fügen dem hinzu: lohnsteuerfrei. (Alles, was unter 10 € ist, berechtigt zum Anspruch auf ergänzendes ALG II und ist somit ein

Kombilohn, der zudem aufgrund der bürokratischen Hürden noch nicht einmal von allen in Anspruch genommen wird.) Aufgrund der Tatsache, dass mit 10 € immer noch nicht die Armutsschwelle überschritten wird, treten wir für einen allgemein verbindlichen Mindestlohn von 12 € in der Stunde ein und ein Mindesteinkommen von 1 600 € brutto.

- eine Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Angesichts der gewaltigen Überkapazitäten lässt sich nur darüber die Massenerwerbslosigkeit wirksam bekämpfen. Und nur wenn die Erwerbslosenzahlen bedeutend zurückgehen, lässt sich das allgemeine Kräfteverhältnis zwischen den Klassen verändern. Deshalb unterstützen wir die in der sozialen Bewegung verbreitete Parole „30-Stundenwoche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich“, aber wir fügen hinzu: Die Arbeitszeitverkürzung muss in großen Schritten erfolgen damit sie nicht zu einer schleichenden Verdichtung der Arbeit führt, und sie muss so lange fortgeführt werden, bis alle Arbeit haben, ein Ziel, das als solches sicherlich im Kapitalismus nicht zu verwirklichen ist (nur Schritte dorthin werden wir durchsetzen können), aber es soll unsere Zielsetzung deutlich machen: Verteilung der Arbeit auf alle Hände! Eine solche Forderung liegt im Interesse aller Lohnabhängigen, ob erwerbslos oder beschäftigt. Sie bricht mit der üblichen kapitalistischen Art der Krisenbewältigung, die darin besteht, Lohnabhängige zu entlassen um gleichzeitig die im Betrieb Verbliebenen umso länger, intensiver und mit niedrigeren Löhnen arbeiten zu lassen. Durch das planmäßige Zusammenwirken von Beschäftigten und Unter- bzw.

Nichtbeschäftigten wird das für die Lohnabhängigen ruinöse Gesetz gebrochen, wonach die Konkurrenz der Nichtbeschäftigten den Druck auf die Beschäftigten in Richtung Überarbeit erhöht und auf diese Weise weitere Arbeitslosigkeit und weiteren Konkurrenzdruck hervorbringt.

- eine drastische Anhebung des Eckregelsatzes für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe, damit auch Erwerbslose und andere Bedürftige am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die soziale Bewegung fordert dafür 500 € (+Warmmiete). Aufgrund der Bedarfsermittlungen einer Reihe von Erwerbslosengruppen und unter Bezug auf die Armutsgrenze unterstützen wir die Forderung nach Anhebung des Eckregelsatzes auf 700 € + Warmmiete, und zwar sanktions- und repressionsfrei.
- eine Anhebung der Renten auf mindestens 1 500 € im Monat.
- Alle Einkommen, ob Lohn und Gehalt, Renten oder Transferzahlungen, müssen regelmäßig an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Deshalb: Preisgleitklauseln in alle Tarifverträge, die sicherstellen, dass die Tarife in regelmäßigen Abständen (viertel- oder halbjährlich) angehoben werden. Erst dann können Tarifikämpfe für wirkliche Reallohnverbesserungen geführt werden. Das Gleiche muss für alle Renten und Transferzahlungen gelten.
- einen Kampf für die Verhinderung von Entlassungen. Wir knüpfen hiermit an die Parole von Verdi an („Verbot von Entlassungen“), wollen aber auch deutlich machen, dass dies nicht über den Gesetzgeber zu erreichen ist, sondern nur über den aktiven Kampf der betroffenen Belegschaften



Friedrich Engels zur Verstaatlichung

„Denn nur in dem Falle, daß die Produktions- oder Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst. Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahn selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preußens verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zu Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommenquelle zu verschaffen – so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt.“

Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S. 221

mit einer breiten Unterstützung mindestens der Nachbarbelegschaften und einer mobilisierten Öffentlichkeit.

- und für eine andere Tarifpolitik, die nicht mehr die „Bezahlbarkeit“ als Maßstab für das Aufstellen oder die Durchsetzung von Forderungen nimmt, sondern die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Lohnabhängigen sowie deren erklärten Willen. Deshalb muss vor allem in den Gewerkschaften der Kampf dafür geführt werden, dass kein Abschluss mehr zustande kommt, der nicht vorher von den Beschäftigten gebilligt wurde, dass Transparenz bei den Verhandlungen hergestellt wird und dass sich die KollegInnen ein Delegiertensystem aufbauen, das direkt und nicht ausschließlich via Hauptamtliche auf die Verhandlungen Einfluss nimmt.

Eine konsequente Verfolgung dieses konzentrierten Aktionsprogramms durch bedeutende Teile der ArbeiterInnenklasse könnte die gesamten Kräfteverhältnisse mächtig in Bewegung bringen und die Ausgangsbedingungen für weiterführende Kämpfe verbessern. Als solches sind diese Forderungen, zumindest wenn sie nicht in ihrer Gesamtheit umgesetzt werden, keine Herausforderung der Macht des Kapitals, sie bilden also noch kein Übergangsprogramm. Lediglich die Verteilung der Arbeit auf alle Hände ist eine Übergangsforderung, aber sie allein, bzw. der Kampf darum, kann nicht die Macht der Banken und Konzerne aus den Angeln heben.

Forderungen nach ArbeiterInnenkontrolle bis hin zur Vergesellschaftung müssen hinzukommen. Der hierdurch eingeleitete Prozess der wirklichen Aneignung der Produktionsmittel ist Bedingung für die Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf alle Hände, bis alle Arbeit haben. Erst der Kampf für ein solches System von Übergangsforderungen greift die Macht der Banken und Konzerne wirklich an. Er richtet sich dann nicht nur gegen die Auswirkungen der Krise, sondern gegen die kapitalistische Krise selbst, indem er auf eine neue Wirtschaftsordnung hinorientiert, die all die Unsicherheiten, die Not, die Demütigungen, Entmündigungen etc. nicht kennt, welche das kapitalistische Lohnsystem hervorbringt. Das System der Übergangsforderungen bildet die Brücke zu einer neuen Gesellschaft, die wir im letzten Abschnitt, anknüpfend an Marx, auch als „Verein freier Menschen“ kennzeichnen werden.

In einer gering entwickelten Klassenkampfsituation, wie sie heute in den meisten europäischen Ländern herrscht (nicht zuletzt in der Bundesrepublik), ist es objektiv schwierig, ein *vollständiges* Klassenkampfprogramm zu entwickeln. Es wird auf manchen Sachgebieten noch Lücken aufweisen oder recht allgemein bleiben. Denn dort, wo es noch gar keine Auseinandersetzungen gibt, ist es schwer, das eine oder andere so konkret zu formulieren, dass es sowohl der objektiven Anforderung nach Überwindung des Systems gerecht wird als auch gleichzeitig von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung auch verstanden wird, also an ihrem Bewusstsein anknüpft. Ein *vollständiges* Klassenkampfprogramm entsteht nicht am grünen Tisch, sondern ist das Produkt fortgeschrittener Kämpfe in Verbindung mit den politischen Anstößen, die eine revolutionäre Organisation beitragen kann, die in diesen Kämpfen verwurzelt ist.

Wer zahlt für die Krise?

Bisher gibt es keinen nennenswerten Widerstand gegen die Sozialisierung der Verluste. Die Gewerkschaften verhalten sich hier vollkommen ratlos bis desorientierend und begleiten die Krisenpolitik der Herrschenden mit hilflosen Rufen nach mehr Mitbestimmung bei den Rettungsversuchen für die angeschlagenen Konzerne. Zu allem Überdross empfiehlt die IG Metall sogar die „Mitarbeiterbeteiligung“, also den Kauf von Belegschaftsaktien (über den Verzicht von Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Tariferhöhungen usw.). Neben dem Arbeitsplatzrisiko sollen sie jetzt auch noch das Kapitalrisiko mittragen, ohne eine wirkliche Entscheidungsmacht zu erlangen, ohne



Die ruinösen Wirkungen der Konkurrenz

Die ruinösen Wirkungen, die durch die Konkurrenz zwischen beschäftigten und nicht beschäftigten Lohnabhängigen besteht, ist ein Gesetz kapitalistischer Akkumulation, dessen Wirken Marx schon im 19. Jahrhundert beobachten konnte: „Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des anderen Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten. (...)

Sobald sie (die Arbeiter) entdecken, dass der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Übervölkerung abhängt, sobald sie daher durch Trades Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unterbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Sykophant [=Denunziant, Verleumder], der politische Ökonom, über Verletzung des ‚ewigen‘ und sozusagen ‚heiligen‘ Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das ‚reine‘ Spiel jenes Gesetzes.“

Marx: *Kapital I*, MEW 23, S. 665-670

Abschnitt III:

Sozialismus als Alternative

12) Sozialismus als die Krisenlösung

„**S**eit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen [...] die Eigentumsverhältnisse. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt [...]“ (Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 467f)

a) Die Krise als die Zuspitzung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

Unsere Analyse der Krise zeigte, dass die jetzigen Einrichtungen der Gesellschaft in ökonomischer Hinsicht die unvernünftigsten und verschwenderischsten sind, die wir uns nur denken können.

Krise als Vernichtung von Produkten und Produktivkräften

Wie in den vorangegangenen Krisen wurde auch in der bisherigen Krise 2007ff ein bedeutendes Quantum Arbeit vernichtet: Waren, die Menschen mühsam erarbeiteten, blieben liegen, verdarben, verrosteten, veralterten oder wurden bewusst zerstört, weil sie nicht absetzbar waren. Gleiches passierte mit den Produktionsanlagen und Gebäuden, die stillgelegt wurden, weil der Absatz stockte. Auch hier ging Arbeit unter, die dort enthalten war. Aber nicht nur das Erarbeitete ging verloren, durch Massenentlassungen verloren die Menschen ihre produktiven Wirkungsmöglichkeiten. Lebendige Arbeit wurde also ebenfalls vernichtet.

In der Krise wurden also Produkte und große Teile der sachlichen und menschlichen Produktivkräfte zerstört bzw. außer Funktion gesetzt.

Die Krise versetzt die Gesellschaft in einen „Zustand momentaner Barbarei“

Aber diese Zerstörung ging mit dem Widersinn einher, dass es den Menschen nicht nur an vielen nötigen Dingen fehlte, sondern dass sie in der Krise durch Kurzarbeit, Entlassungen, Lohnkürzungen etc. zusätzliche Entbehrungen auf sich nehmen mussten. Auf der einen Seite türmten sich die unverkäuflichen Waren, standen Fabriken und Büros leer, auf der anderen Seite wuchs die Not, weil man sich die Waren nicht leisten konnte.

Die jetzige Krise wiederholt nur die Katastrophen früherer: „Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt“, wie Marx und Engels die Folgen der periodischen Krisen allgemein charakterisierten.

Zur Zuspitzung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Krise

Dass die Krise durch einen kapitalistischen Mechanismus notwendig hervorgerufen wird, wodurch die Vernichtung von Waren und Produktivkräften eine Periodizität erhält, bildete ein weiteres Kennzeichen der Krise.

In dem Ausmaß der Vernichtung zeigt sich, wie sehr die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen geraten sind. Waren diese in einer früheren Phase der kapitalistischen Epoche noch eine notwendige Form der Entwicklung der Produktivkräfte, so sind sie inzwischen in Fesseln für die Reichtumsproduktion umgeschlagen. Marx sah darin den Beginn einer „Periode sozialer Revolutionen.“¹

Nun spitzen sich gerade in der Krise alle Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Produktion zu. Es folgt die Vernichtung von Waren und Produktivkräften. Es ist die Zeit, in der die Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die Eigentumsverhältnisse ihre schärfste Form annimmt. Revolutionäre Möglichkeiten eröffnen sich. In der anschließenden Prosperität erhalten die Produktivkräfte neue Entfal-

¹ Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 9

tungsmöglichkeiten. Die Möglichkeit einer Revolution tritt in den Hintergrund.

Marx und Engels hoben den revolutionstheoretischen Aspekt der periodischen Krise häufig hervor. „Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln“, schrieben sie inmitten des Wirtschaftsaufschwungs von 1850, „kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten. (...) Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.“²

Zur Möglichkeit der Revolution in der Niedergangsperiode des Kapitals

Nun zeigte sich, dass zwischen den Phasen konjunktureller Erholung und Prosperität einerseits sowie Krise und Rückgang andererseits eine Asymmetrie besteht. Unsere These war, dass mit der großen Krise 2007ff eine Niedergangsperiode des Kapitals eingeleitet wird, mit der Folge, dass die künftigen Phasen konjunktureller Prosperität schwächer und die Phasen von Krise und Rückgang stärker ausfallen werden. Die Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Welt müssen deshalb insgesamt stärker hervortreten, ebenso die Klassengegensätze.

Die Produktivkräfte werden künftig in einen schärferen Widerspruch zu den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen geraten. Je tiefer und umfassender die Krise, desto mehr Bedürfnisse bleiben unerfüllt und desto größer das Bedürfnis, die blockierenden Eigentumsverhältnisse wegzuräumen. Es entstehen radikale Bedürfnisse. ArbeiterInnen und Erwerbslose müssen sich die sachlichen Produktivkräfte nicht nur aneignen, um ihre Lohnknechtschaft abzuschaffen, sondern auch, um ihre persönliche Existenz sicher zu stellen.

Die Empörung der subjektiven Produktivkräfte in Gestalt der lohnabhängigen Klasse wird schärfer ausfallen. Diese wird gezwungen, revolutionär zu sein, weil die überlebten bürgerlichen Einrichtungen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse verhindern. Die Beseitigung dieser Schranken ist ihre historische Aufgabe. Packt sie das nicht an, sondern folgt sie den Parolen rechter Rattenfänger, droht eine große Katastrophe.

b) Märkte schließen: Güterproduktion statt Warenproduktion

Zu den Verantwortlichen der Krise

Die Krise brachte noch ein weiteres Merkmal hervor. Niemand scheint so recht verantwortlich für die geschaffene Not der Menschen und für die gigantische Vernichtung von Werten gewesen zu sein. Weder Regierungen oder Notenbanken noch die Konzernlenker standen auf der Anklagebank. Die

wenigen Schuldigen, die man in den Reihen der Banken zu finden glaubte, erwiesen sich als Mitläufer eines automatisch wirkenden Zusammenhangs, den niemand organisiert hatte, der blind wirkte und alle erschauern ließ, als die Krise ihre größten Erschütterungen zeigte.

In der Überproduktionskrise entpuppten sich die Produkte, die doch eigentlich für den Menschen gemacht werden, als eine fremde, ihn beherrschende Macht. Es waren zu viele Waren da und das Zuviel ließ die Produktion stocken, machte Menschen erwerbslos, ließ die Hauspreise purzeln, machte den Schuldendienst unbezahlbar. Das Zuviel an Häusern verjagte durch Zwangsversteigerungen die Menschen aus ihren Häusern, sodass das Zuviel noch größer wurde. Im Sommer/Herbst 2008 wiesen sämtliche Wirtschaftszweige eine Überproduktion auf. Das Zuviel an Waren versperrte nun allgemein den Zugang zur Arbeit, sodass Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit um sich griffen. Geplatze Kredite erschütterten Banken und die massiven Staatsinterventionen ruinierten die Staatsfinanzen. Die Menschen stolperten über ihre eigenen Produkte. Statt sie zu genießen, riefen die Produkte Not und Entbehrung hervor.

Die große Krise zeigte, wie sehr die Menschen von den Resultaten ihrer eigenen Arbeit entfremdet sind. Und das ist keineswegs eine Besonderheit der jetzigen Krise. Bereits Marx beobachtete Gleiches für seine Zeit.³

Die Ware als kommerzielle Keimform der Zerstörung

Dass es wie in Goethes Zauberlehrling zu einer solchen Verkehrung von Subjekt und Produkt kommt, dass die einfachen Resultate der Arbeit solch einen mysteriösen Charakter besitzen, liegt an der Art und Weise, wie sie vom Produzenten zum Verwender gelangen.

Bereits der kapitalistische Betrieb plant und organisiert die Verteilung und Bereitstellung der nötigen Produktionsvoraussetzung. Er bringt auf den verschiedenen Fertigungsstufen eine Großzahl von Produkten zusammen, die miteinander verbunden werden, um das Fertigprodukt, z. B. ein Auto, zu erstellen. Hier herrscht ein planmäßig geregelter Gesamtzusammenhang. Warum geschehen vergleichbar einfache Organisations- und Planungsprozesse nicht auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene?

Im Gegensatz zum Betrieb ist die gesellschaftliche Teilung der Arbeit durch den Kauf und Verkauf von kapitalistisch produzierten Waren vermittelt. Dadurch erst wird die Sache kompliziert.

³ „Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber.“ Im „nationalökonomischen Zustand“, also in der kapitalistischen Ökonomie, fährt Marx fort, erscheint die „Vergegenständlichung (gemeint ist die Arbeit, die sich im Akt der Produktion mit dem Gegenstand verbindet, sachlich wird) als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes. ... In der Bestimmung, dass der Arbeiter zum Produkt seiner Arbeit als einem fremden Gegenstand sich verhält, liegen alle diese Konsequenzen,“ d. h. die weiteren Ebenen der entfremdeten Arbeit. (Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844, MEW Ergänzungsband I, S. 511f)

² Marx/Engels, Revue 1850, MEW 7, S. 440

Im Unterschied zum bloßen Produkt, das unmittelbar bereitgestellt werden kann und deshalb keinen Preis hat, muss die Ware durch einen Austausch (Verkauf und Kauf) übertragen werden. Hierdurch erhalten die Produkte ihren mysteriösen Charakter. Erst wenn die Produkte als Waren produziert werden, also auf „anonymen Märkten“ getauscht werden, können sie als eine fremde Macht auftreten. Für die Menschen besitzt dann ihre „eigene gesellschaftliche Bewegung“, wie Marx es im Fetischkapitel des ersten Bandes des Kapitals ganz exakt formulierte „die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren.“⁴

Das gigantische Vernichtungswerk, das die gegenwärtige Krise vor unseren Augen vollzieht, ist also schon als Möglichkeit in der Form der Ware enthalten. Und diese Warenform schließt die Existenz des Geldes und die der Märkte als ihre äußere Bewegungsform ein, auf denen sich die Warenmetamorphose notwendigerweise vollziehen muss.

Es ist die von den Liberalen hochgelobte unsichtbare Hand der Märkte, die in der Krise den Menschen besonders zum Verhängnis wird. Die Menschen sind Opfer eines Marktzusammenhangs, worin die Produkte ihrer Arbeit sie beherrschen.

Krisen lassen sich nur vermeiden, wenn man die tief liegenden Wurzeln herauszieht. Und das bedeutet nichts anderes als die Beseitigung der Warenform, worin die Beseitigung des Geldes und der Märkte enthalten ist.⁵ Eine Manipulation des Geldes oder Staatsinterventionen verhindern keine Krise; diese wird bestenfalls hinausgeschoben, zeitlich verlängert, um ihr die Tiefe zu nehmen. Solche Eingriffe sind stets versucht worden, solange es Krisen gibt, und sie haben die Krisen bis heute nicht verhindern können.

Die güterwirtschaftliche Gemeinschaft ohne Markt und Geld

Ware und Geld sind die tieferen Wurzeln des Kapitals. Reißt man sie heraus, dann verliert der Kapitalismus seine Voraussetzungen. Das Wertgesetz, das als Voraussetzung die Warenform und mit ihr die Geldform hat, hört in einer wirklichen sozialistischen Gemeinschaft auf zu existieren. An die Stelle der Warenproduktion tritt die bewusst organisierte gemeinschaftliche Produktion von Gütern.

Ein solcher „Verein freier Menschen“ würde mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten. Die Arbeit wäre keine Lohnarbeit mehr. Sie wäre nicht länger zersplittert in eine große Zahl selbständiger und voneinander unabhängiger kapitalistischer Unternehmungen, durch deren Zusammenwirken das zerstörerische Werk der Krise entsteht. An deren Stellen träten die von vornherein assoziierten Produzenten, die ihre Arbeit gemeinschaftlich planen, und die nicht länger

⁴ Marx, Kapital I, MEW 23, S. 89

⁵ Die Warenform der Arbeitsprodukte ist, wie Marx herausfand, „die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise“, deren Weiterentwicklungen Geld- und Kapitalform sind. Marx, Kapital I, MEW 23, S. 95

unter den Gesetzen der Märkte stehen. Da alle Arbeitsfähigen arbeiten – es besteht eine allgemeine Arbeitspflicht⁶ – würden die Interessengegensätze verschwinden, die durch die Aufsplitterung der Menschen in ArbeiterInnen und NichtarbeiterInnen entstanden waren.

Zu den Voraussetzungen des Sozialismus

Diese neue Gesellschaft ist kein Hirngespinnst, nicht irgendein Dogma, das irgendwann ausgedacht und seither die Menschen magisch anzieht; ihre Elemente entwickeln sich zusammen mit der bürgerlichen Gesellschaft. Jede wirkliche Fortentwicklung hier verbessert die materiellen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Alternative. Marx drückte dies so aus, dass die ArbeiterInnenklasse „keine Ideale zu verwirklichen (habe); sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“⁷ Marx bezog dies auf die Pariser Commune, die während einer schweren politisch-militärischen Krise als „ruhmvoller Vorbote einer neuen Gesellschaft“ (Marx) entstand, und die nach wenigen Wochen durch eine gemeinschaftliche Aktion der siegreichen preußischen Armee und der militärisch besiegten französischen Armee im Blut ertränkt wurde.

War die Pariser Commune nur ein kurzes Intermezzo, und blieb sie dazu auf Paris beschränkt, so hatten die späteren Emanzipationsversuche bereits nationale, teilweise fast schon kontinentale Dimensionen. Diese im historischen Trend größer und mächtiger werdenden Befreiungsversuche sind nichts anderes als das immer heftigere Anklopfen der noch im bürgerlichen Schoß steckenden, aber mehr und mehr entwickelten neuen Gesellschaft.

Bourgeoissozialismus und Staatssozialismus

Sowohl der inzwischen verschwundene Staatssozialismus als auch die dem Kern nach bürgerlichen Konzepte des sozialdemokratischen Sozialismus (u. a. die Partei *Die Linke*) zeigen, dass nicht alles eine wirklich umfassende Alternative zur kapitalistischen Krisenökonomie ist, was sich Sozialismus nennt. Es ist die herrschende Klasse selbst, die in der Geschichte vor allem in kritischen Zeiten die Tarnkappe des Sozialismus aufsetzte, um die breite Masse der Bevölkerung zu täuschen.⁸

⁶ Es wird dann nicht mehr den „Müßiggang“ der Kapitalbesitzer und der Reichen geben

⁷ Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 17, S. 343

⁸ Vergleiche etwa das Ahlener Programm der CDU von 1947, in dem es u. a. heißt: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr als das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.... Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus